

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 12 (1971)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Polen im Detail : die Gierek-Führung hat ihre ersten Versprechungen bereits gebrochen  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095372>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Per 916 498

13. JAN. 1971

# ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



12. Jahrgang Nr. 1  
Erscheint alle zwei Wochen  
Bern, 13. Januar 1971

Die Gierек-Führung hat ihre ersten Versprechen bereits gebrochen

## Polen im Detail

Von Laszlo Revesz

Die Situation Polens vor und nach den Dezemberunruhen ist eine detailliertere Betrachtung wert. Sie führt zu einer Beurteilung, deren Skepsis um so gerechtfertigter ist, als das Gierек-Regime seine ausdrücklichen Versprechungen zum Amtsantritt teilweise bereits nachweislich gebrochen hat (Informierung der polnischen Öffentlichkeit). Womit die Marschtabelle der Desillusionierung unter Gomulka (und unter Chruschtschew) von seinen Nachfolgern (unter Breschnew) bereits unterboten worden ist.

Wladyslaw Gomulka, Jahrgang 1905, trat am 20. Dezember 1970 als Parteichef Polens zurück, aus gesundheitlichen Gründen und im normalen Pensionierungsalter. Aber im Zusammenhang mit einer Krise, welche aufzeigte, dass ein «polnischer Weg zum Sozialismus» unter sowjetischen Vorschriften keine Chance hatte, irgendwelche Versprechungen einzulösen, die mit seinem Aufkommen 1956 verbunden gewesen waren.

Gomulkas wechselhafter Lebenslauf hängt mit dem Schicksal Polens zusammen. In seinem Leben war er dreimal eingekerkert. 1932 bis 1934

und 1936 bis 1939 sass er in den Gefängnissen des bürgerlichen Polens, und zwar wegen seiner revolutionären Tätigkeit in der 1938 vom Komintern-Exekutivbüro in Moskau aufgelösten Polnischen Kommunistischen Partei; vom August 1951 bis Ende 1954 sass er in den Gefängnissen seines eigenen Regimes wegen seiner konterrevolutionären Tätigkeit. Jetzt ist er, begleitet von den «besten Gesundheitswünschen» des Zentralkomitees, von der politischen Bühne abgetreten, auf welcher er in den letzten Jahren immer mehr vom Souffleurkasten abhängig geworden war.

(Fortsetzung auf Seite 2)



In Warschau findet die Osterprozession noch immer auf den Strassen statt. Ist der bekennende polnische Auferstehungsglaube ...

## IN DIESER NUMMER

- Zusammenhänge** 6  
Ueber den «Autorenschutz» sowjetischer Schriftsteller im Westen am Beispiel von Anatoli Kusnezow
- Wer hat Angst vor Klari Tolnay?** 8  
Aus den Erinnerungen von Ervin György
- Solschenizyns «Krebsstation»** 9  
Von Michael Csizmas
- Die zweite Erstveröffentlichung von «Bali Jar»** 10  
Valerij Tarsis zur unzensurierten Ausgabe von Kusnezows Roman

Bibliothek der  
Eids. Techn.  
Hochschule  
Leonhardstr., 33  
3006 Zürich



... vergeblich? (Warschauer Denkmal für die gefallenen Kriegshelden)

## Polen im Detail

(Fortsetzung von Seite 1)

### Gomulkas Versprechungen . . .

1943 bis 1948 war Gomulka bereits Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (PAP = Kommunistische Partei), und in dieser Eigenschaft vollzog er die Liquidierung der nichtkommunistischen Parteien, Organisationen und Gruppierungen. Im Dezember entstand durch «Vereinigung» der Polnischen Sozialistischen Partei mit der natürlich massgeblichen PAP die heutige Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP), die bis auf den Namen mit einer KP identisch ist und sich auch als solche versteht.

Gomulka verlor damals seinen hohen Posten, verblieb aber bis im November 1949 im Zentralkomitee (ZK); dann wurde er aus der Parteiführung ausgeschlossen und 1951 verhaftet. Seiner Rehabilitierung im Juli 1956 folgte im berühmten ZK-Plenum vom Oktober 1956 (im Wellenschlag der damaligen Aufstände) seine erneute Wahl zum Parteichef. Sie stand unter Vorzeichen, die man als entscheidende Wende in der Geschichte des Landes ansah. Wie sich zeigen sollte, zu Unrecht.

Gomulka erschien damals als Personifizierung, Symbol und Garant des «polnischen Weges zum Sozialismus». Dieser mit enormen Erwartungen angefüllte Begriff ist (im Unterschied etwa zum Prager «Januarkurs», der mit dem «Aktionsprogramm» von 1968 auch formell beglaubigt wurde) nie in einer offiziellen Definition zusammengefasst worden. Seine wesentlichen Elemente, jedenfalls im Sinne der Partei, ergeben sich aus den offiziellen Dokumenten von 1956/57. Die Hauptpunkte waren:

- kollektive Führung in der Partei;
- Aufbau des Sozialismus entsprechend den speziellen Bedingungen Polens (die konkret wichtigste Neuerung war hier die Rückkehr zur privat betriebenen Landwirtschaft);
- Mitspracherecht für die Betriebsbelegschaft durch die Arbeiterräte;
- Abbau der Macht des Sicherheitsdienstes;
- Festigung der Gesetzlichkeit (die vorherige Machtausübung war auch im Sinne der kommunistischen Gesetze illegal gewesen);
- neuer Inhalt für das «sozialistische Mehrparteiensystem», d. h. Einbeziehung der nicht-marxistischen Parteien (Bauernpartei und Demokratische Partei) in die Führung des Landes.

### . . . 14 Jahre später

Was ist 14 Jahre später aus diesen Versprechen geworden, die im Selbstverständnis der damaligen Führung immer noch viel weniger darstellten, als sich weite Kreise der Bevölkerung insgesamt an möglicher Liberalisierung vorstellten? Der Erfüllungsgrad ist sehr gering und war jedenfalls bis zum Dezember 1970 laufend zurückgenommen worden.

● Die kollektive Führung der Partei (die allerdings auch im besten Falle nicht viel mehr als Demokratie innerhalb einer oligarchischen Machtspitze bedeutet hätte) funktionierte praktisch seit 1965 nicht mehr. Ein immer tiefer werdender Machtkampf zwischen der Gomulka-Gruppe und einem nationalsozialistisch-konservativen

Flügel machte den Riss in der Führung sogar nach aussen deutlich, wozu es in einem kommunistischen Land viel braucht.

● In der Landwirtschaft blieb der 1956 geschaffene polnische Sonderfall vergleichsweise am echtesten erhalten. Doch auch hier kam es zu einer stufenweisen Rekollektivierung, und zwar in der Form der sogenannten Agrarpolitik, welche die unterste Stufe der Kollektivwirtschaften darstellen. Vor allem aber war die Agrarpolitik, zum Teil allerdings vielleicht mehr fahrlässigerweise, so gehalten, dass den Privatbauern die Arbeit am eigenen Hofe verleidete und viele von ihnen ihr Land gegen Zusicherung einer Altersrente loszuwerden suchten, eine Entwicklung, die der Staat in den letzten Jahren sogar zu bremsen suchte, wenn auch vermutlich nicht so sehr aus Bauernfreundlichkeit als vielmehr aus Angst vor neuen Rentnemengen. — Die 1956 in Aussicht gestellte Förderung der Konsumgüterindustrie und der Dienstleistungen wurde durch eine überdimensionierte Förderung von Schwerindustrie und chemischer Industrie ersetzt.

● Die Arbeiterräte, welche das Mitspracherecht der Belegschaften garantieren sollten, wurden schon 1958 wieder jeglicher Möglichkeit beraubt, auf die Betriebsleitungen Einfluss zu nehmen. Man zwang sie damals als Minderheit in die sogenannte «Arbeiterautonomie-Konferenz» hinein, wo sie seither neben den Vertretern von Partei, Gewerkschaft und Unternehmensverwaltung (die allesamt arbeitnehmerische Interessen vertreten) sitzen und mithelfen müssen, arbeitfeindliche Beschlüsse zu sanktionieren. Die Tatsache, dass die Arbeiter bei den Beschlussfassungen nicht gefragt wurden, hat Gieriek inzwischen ja zugegeben.

● Die Machtfülle des Sicherheitsdienstes ist seit 1967 durch die Verfolgung von Juden, Intellektuellen und Studenten evident geworden. Wie weit die Repressionen im Sinne der zersplitterten Gesamtführung lagen und wie weit sie als eigenmächtiges Druckmittel des Innenministeriums auch ohne oder gar gegen den Willen obrigkeitlicher Gruppierungen erfolgten, ist eine offene Frage. Auf jeden Fall aber wurde der polizeistaatliche Charakter von Regime und System insgesamt entscheidend verstärkt.

● Bei der angekündigten Wiederherstellung der Gesetzlichkeit fehlte es schon von Beginn weg an der Voraussetzung der Lagebereinigung mit der unmittelbaren Vergangenheit. 1956 hatte die neue Führung versprochen, die Verantwortlichen wenigstens der «grobsten» Verletzung der «sozialistischen Gesetzlichkeit» (d. h. der stalinistischen Justizmorde) zur Rechenschaft zu ziehen. Indessen kam es nur zur Entlassung einiger zweitrangiger Richter und Beamter des Sicherheitsdienstes, wogegen die Hauptverantwortlichen frei blieben. Zur gerichtlichen Verurteilung gelangten insgesamt vier oder fünf Fälle, wobei die Öffentlichkeit über die Prozesse nicht orientiert wurde. Sie wurde es auch später nicht, als die Prozesse wiederum den Andersdenkenden gemacht wurden, als unter Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit das verstanden wurde, was man 1956 Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit genannt hatte.

● Die Zusammenarbeit mit den beiden nicht-marxistischen Parteien stiess in den ersten Jahren auf grosse Schwierigkeiten und machte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wiederum der schlechten Befehlsgebung Platz. Die «Part-

ner» wurden wiederum zu Transmissionsriemen der KP, wie sie das vor 1956 gewesen waren. Das grosse Versprechen, das Volk ständig zu konsultieren und sein Vertrauen zu erhalten, erwies sich als ein leeres Wort.

Das Gomulka-Regime war nach 14 Jahren zum Ausgangspunkt zurückgekehrt.

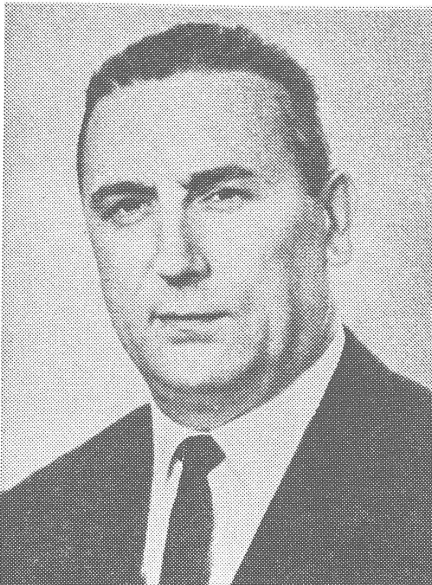
### Die Dezemberunruhen

Die Ereignisse auf den polnischen Universitäten im März 1968 hätten eine Warnung sein müssen. Partei und Staat kannten aber schon damals nur ein Mittel gegen die demonstrierenden Studenten: Gewalt und Repressalien. Damals berief man sich auf den Zionismus, eine der schädlichsten Varianten des Imperialismus; dieser habe die Studenten für imperialistische Interessen auf die Strassen getrieben.

1970 verloren Partei und Regierung das Mass vollständig. Sie dachten, sie könnten alles tun, was sie wollten. Der Ministerrat verabschiedete anfangs November 1970 eine wichtige Verordnung über die Neuregelung der Leistungsnormen in der Industrie, welche aber erst am 12. Dezember 1970 veröffentlicht wurde und sofort in Kraft trat. Die Arbeiter vedienen weniger. Artikel 2 der Verordnung («Monitor Polski», Nr. 41/1970, S. 617—18) verpflichtete die Betriebsführung, die Normen der technischen Entwicklung anzupassen, was immer mit einer beträchtlichen Erhöhung der Leistungsnormen verbunden ist. Diesem Schlag folgte am Tag der Veröffentlichung der Normenregulierung ein neuer: die Preiserhöhung. Der Ministerrat beschloss auf seiner Sitzung vom 12. Dezember, die wichtigsten Lebensmittelpreise mit sofortiger Wirkung zu erhöhen und gleichzeitig die Preise einiger — unter polnischen Verhältnissen wegen ihrer hohen Preise unverkäuflichen — Luxuswaren zu reduzieren. Die Familien mit vielen Mitgliedern und geringem Einkommen gerieten dadurch in eine schwierige Situation. Die Grundnahrungsmittel wurden erhöht (Fleisch und Fleischwaren um 17,6 %, Weizen- und Roggenmehl um 16 %, Milch um 8 %, Konfitüren um 36,8 %, Zucker um 14,2 % usw.). Trotz ständiger Propagierung der Bautätigkeit wurden auch die Baumaterialien um 28,2 % erhöht; gleichzeitig wurden aber die Löhne infolge der Normenregelung gesenkt! Die auch sonst besser verdienende Elite kann dagegen die Fernsehgeräte um 13,1 %, die Autoradios und Touristenradios um 19,2 %, Kühlschränke um 15,8 %, Waschmaschinen um 17 %, Staubsauger um 15 %, Tonbandgeräte um 21 %, Haushaltgeräte aus Kunststoff um 20,7 % usw. billiger kaufen.

Solange der Staat mit dem privaten Handel — noch unter Gomulkas erstem Regime — zu konkurrieren hatte, senkte er die Preise ständig, um den schwachen Partner, den privaten Handelssektor, zu vernichten. Nachdem er allein geblieben war, kamen die Preiserhöhungen. Anstelle der Konsultierung mit dem Volk — die Gomulka 1956 versprochen hatte — wurden die Werktätigen am 13. Dezember mit der drastischen Verordnung in Zeitung und Radio bekanntgemacht.

Die Arbeiter der am besten verdienenden Werfte und anderer Betriebe der drei Städte (Danzig, Gdingen und Zopot) gingen also am 14. Dezember auf die Strasse; ihnen folgten die Arbeiter in Stettin, Elbing und wahrscheinlich auch in



Parteichef Gierek

anderen Ortschaften des Küstengebietes. Regierung und Partei konnten erneut nichts anderes tun, als Polizei und Armee gegen die demonstrierenden Arbeiter einzusetzen. Die Öffentlichkeit wurde erst am 17. Dezember informiert, da Partei und Regierung der festen Überzeugung waren, die Demonstrationen ließen sich durch Panzer, Militär und Polizei sofort zerschlagen.

Der erste Bericht in der «Trybuna Ludu» (17.12.1970, S. 1) nahm die Preiserhöhung in Schutz (sie war «unerlässlich», sie erfolgte «im Interesse der Entwicklung des Landes») und verurteilte die «Abenteurer und Rowdies», welche die Unzufriedenheit der Arbeiter missbrauchten; am gleichen Tag hieß Ministerpräsident Cyrankiewicz den Waffengebrauch gegen die Arbeiter gut («Trybuna Ludu», 18.12., S. 1); auch er wollte die Hauptverantwortung auf «feindliche Kräfte» abschieben und beschuldigte die Arbeiter, welche streikten: «Mehr als zehn Tote, mehrere hundert Verletzte... Das sind die schmerzlichen Folgen, weil es an Überlegung und am Gefühl der Verantwortung bei jenen Leuten fehlte, welche die Arbeit niederlegten und auf die Straße gingen. Dadurch gaben sie Abenteurern und Feinden die Gelegenheit zu Vandalismus, Raub und Mord.»

Ebenfalls am 17. Dezember erließ der Ministerrat einen Beschluss «über die Garantie der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung» («Trybuna Ludu», 18.12.1970, S. 1), der die Gewalt- und Sicherheitsorgane sowie andere mit ihnen zusammenarbeitende Behörden verpflichtete, sofortige Massnahmen zu ergreifen, um die Ordnung herzustellen und weitere Versuche zu ihrer Störung zu vereiteln (Art. 1). Art. 2 ermächtigte die Polizei, den Sicherheitsdienst und «andere mit ihnen zusammenarbeitende Organe», von der Waffe Gebrauch zu machen, um die Demonstrationen zu zerschlagen. Gleichzeitig wurden alle Staatsorgane verpflichtet, ihnen dabei Hilfe zu leisten (Art. 3).

Ein redaktioneller Artikel der «Trybuna Ludu» schrieb (am 18.12., S. 1): «Diese Exzesse lassen sich durch nichts entschuldigen... Niemand hat das Recht, die Errungenschaften Gefahren aus-

zusetzen... Die Ereignisse im Küstengebiet zeigen, dass jede Arbeitsniederlegung und Strassenkundgebung zu unberechenbaren Folgen führt und die grundlegenden Interessen von Staat und Volk verletzt.» Die Zeitung wollte dazu noch die Öffentlichkeit falsch informieren, indem sie folgendes schrieb: «Die Gesellschaft distanzierte sich entschieden von den... Rowdyhandlungen. Selbsttätig wurde eine Gruppe von Arbeitern und Studenten gebildet, welche begann, die in den Geschäften geraubten Waren zurückzuerstatten.»

Die Presse meldete am gleichen Tag eine Beruhigung der Lage. In Wirklichkeit war aber auch dies eine Disinformation, da gerade vom 17. bis 19. Dezember auch von anderen Gegenden des Landes Arbeiterunruhen — wenn auch nicht so heftige wie im Küstengebiet — gemeldet wurden (Krakau, Kattowitz, Lublin, Posen) und die Warschauer Studenten am 19. Dezember aufgefordert wurden, statt am 23. Dezember sofort in die Weihnachtsferien zu gehen.

### Die neuen Gremien: etwas jünger und etwas intellektueller

Nach diesen Ereignissen konnten die Arbeiter doch eine personelle Änderung in Partei- und Staatsführung erzwingen. Ins oberste Kollegialgremium der Partei, ins Politbüro, wurden fünf neue Mitglieder zu sieben bisherigen gewählt. Von den neuen Vollmitgliedern sind Babiuch (43), Olszowski (39) und Szaydlak (45) unter 50 Jahren, drei von ihnen (Babiuch, Jaroszewicz und Szaydlak) sind Akademiker. Von den vier Kandidaten des Politbüros sind drei neu, zwei von diesen sind jünger als 50 Jahre (W. Jaruzelski 47 und J. Kępa 42), und alle drei sind Akademiker. In die oberste Parteiführung, ins ZK-Sekretariat, wurden drei neue Mitglieder gewählt (E. Babiuch, K. Barcikowski und St. Kociol); alle drei sind Akademiker und gehören zu den jüngsten Mitgliedern des führenden Parteiapparates (Babiuch 43, Barcikowski 47 und Kociol 37 Jahre alt). Der neue Erste Sekretär, Edward Gierek, ist 57 Jahre alt.

Das neue Leitungsteam ist also jünger als das bisherige. Das durchschnittliche Alter des alten Politbüros betrug 57,3 Jahre, jenes des neuen Politbüros hingegen 51,7. Der Altersunterschied macht also 5,6 Jahre aus.

Die gleichen Zahlen im ZK-Sekretariat sind: 54—46,5—7,5. Im alten Politbüro gab es nur ein Mitglied unter 45 Jahren, sieben Mitglieder wa-

ren über 60 Jahre alt. Jetzt, im neuen Politbüro, sind fünf Mitglieder unter 45 Jahren und vier sind über 60 («Trybuna Ludu», 21.12.1970, S. 1).

Am 23. Dezember hielt der Sejm eine Plenarsitzung ab, welche ebenfalls einige wichtige personelle Änderungen brachte. An Stelle des Gomułkafreundes Marschall Spychalski wurde der bisherige Ministerpräsident Cyrankiewicz Präsident des Staatsrates, Jaroszewicz neuer Ministerpräsident, und die Regierung erhielt vier neue Mitglieder. Alle vier sind Akademiker, einer unter 40 Jahren, einer zwischen 40 und 50 und zwei zwischen 51 und 55 Jahren. Die neue Regierung wurde also ebenfalls mit Spezialisten gestärkt.

### Auch nach dem Revirement wird das Vorgehen von Militär und Polizei sanktioniert

Am 20. Dezember übte Gierek in seiner Radio- und Fernsehansprache im Namen der Parteiführung Selbstkritik. Er nannte als bisherige Fehler: Unüberlegte Konzepte der Wirtschaftspolitik, Verletzung der Grundsätze der Kollegialität, Schwächung der Kontakte zwischen Partei und Arbeiterklasse. Gleichzeitig versprach er, die Partei werde in Zukunft die «gemeinsame Sprache mit den Werktätigen nicht verlieren» und teilte mit: «Das ZK verpflichtete das Politbüro, im Laufe der nächsten Tage die Möglichkeiten zur Besserung der materiellen Lage von Familien mit den geringsten Einkommen und vielen Kindern zu prüfen.» Er versprach die Überprüfung der «Probleme des Volkswirtschaftsplanes» für 1971 und für die neue Fünfjahresperiode. Auch stellte er «Konsultationen mit der Arbeiterklasse und mit allen Werktätigen» in Aussicht.

Gleichzeitig erklärte Gierek die Rückkehr zur Zusammenarbeit mit beiden nichtmarxistischen Parteien und nannte sie «unsere verbündeten Parteien».

Gierek kritisierte aber die Streiks und Arbeiterdemonstrationen und rechtfertigte die Polizeiaktion: «Nicht der Arbeiterprotest, sondern die Aktionen dieser (antisozialen und verbrecherischen) Elemente mussten von den Ordnungskräften — der Miliz und der polnischen Armee — entschieden bekämpft werden; sie erfüllten ihre Pflicht.» («Trybuna Ludu», 21.12.1970, S. 1.)

Ohne jeden Vorbehalt stellte sich ihrerseits die Armeezeitung «Zolnierz Wolności» (23.12.1970, Leit- und Redaktionsartikel) hinter das Eingreifen der Armee, das Dutzenden von Zivilperso-



Ministerpräsident Jaroszewicz vor dem Sejm (Parlament)



Kardinal Wyszyński. Hinter dem traditionellen Auftreten eines Kirchenfürsten steht die zeitgemässe Forderung nach Menschenrechten.

In Polen, wo die katholische Religion zwischen dem deutschen Protestantismus und der russischen Orthodoxie historisch auch zu einer Art Nationalbekenntnis geworden war, ist die Kirche noch immer eine politische Macht.

nen das Leben gekostet hatte: «Jegliches Schwanken wäre vom Feind, vom Imperialismus, ausgenützt worden.» Die Gefahr eines imperialistischen Vorgehens hatte während der Unruhen in der Tat bestanden: die sowjetischen Panzer führen innerhalb und ausserhalb des Landes in Bereitschaft.

Am 23. Dezember schon teilte Gierek im Sejm den Beschluss des Politbüros mit: Erhöhung der Mindestgehälter und der Kinderzulagen für Familien mit niedrigstem Einkommen. Der Staat könne dazu angesichts der Inflationsgefahr nicht mehr als 7 Milliarden Zloty aufwenden («Trybuna Ludu», 24.12.1970). Die erhöhten Lebensmittelpreise müssten bestehen bleiben. Die Partei verpflichtete die Regierung zu «energischen Schritten», um die langfristigen Konzeptionen für Wirtschaftsförderung und soziale Entwicklung auszuarbeiten. In der Agrarpolitik versprach Gierek Zusammenarbeit mit der Bauernpartei («Vereinigte Volkspartei»).

Seinerseits kündigte der neue Ministerpräsident Jaroszewicz an, die Regierung werde dem Parlament bald die Aenderungen von Plan und Budget vorlegen und die Ausarbeitung des Fünfjahresplanes 1971—1975 beschleunigen.

### Die Lohn- und Rentenerhöhungen

Am 2. Januar erschien der Regierungs- und Gewerkschaftsbeschluss über die Erhöhung der niedrigsten Löhne und Renten an insgesamt 5,2 Millionen Personen (Polen hat rund 33 Millionen Einwohner); für 4,7 Millionen Kinder erhöhte man die Zulagen. Allerdings sind die Lohnerhöhungen sehr mässig: Der Minimallohn steigt von 850 auf 1000 Zloty pro Monat, und bei den folgenden Lohnkategorien bis 2000 Zloty ergeben sich Verbesserungen zwischen 90 und 50 Zloty. Schon das alles liegt unter einem Teuerungsausgleich, und die Lohnbezüger über 2000 Zloty erhalten keine Erhöhung.

(Der Zloty dürfte gegenwärtig ungefähr die

Kaufkraft von 20 Rappen haben; der offizielle Kurs von etwa 1 sFr.:1 Zloty ist natürlich illusorisch; der schweizerische Schalterkurs hingegen, bei dem man für 3 sFr. 100 Zloty kaufen kann, wird wiederum dem internen Lohn-Preis-Vergleich in Polen nicht gerecht.)

Die Familienzulagen sind für jene Familien erhöht worden, in welchen das Nettoeinkommen pro Kopf 1000 Zloty im Monat nicht überschreitet. Die Kindergelder wurden für das erste Kind von 70 auf 110 Zloty, für das zweite von 105 auf 150, für das dritte von 155 auf 190 und für das vierte Kind von 185 auf 210 Zloty erhöht. Die Zulage für eine nichtarbeitende Frau beträgt jetzt 70 Zloty.

Die Rentenerhöhung fällt mit maximal 60 Zloty pro Monat sehr schwach aus. Sie geht in dieser Höhe an Rentnerpaare mit einem monatlichen Gesamteinkommen unter 1500 Zloty und an Einzelrentner mit einer Monatspension unter 840 Zloty. Rentenerhöhungen zwischen 60 und 30 Zloty werden an Personen mit einem Monatseinkommen bis zu 900 Zloty gewährt.

### Sechs Motive der Zukunft: Skepsis dominiert

Was ist jetzt die Bilanz der Aenderungen, die nach den Dezemberunruhen in Polen vorgenommen oder angekündigt wurden?

**1. Das Politbüro handelte verhältnismässig schnell und kam so einem Bündnis der Studenten und Arbeiter zuvor.**

Die Aktionsgemeinschaft zwischen den beiden revoltierenden Hauptgruppen der drei letzten Jahre hätte wahrscheinlich die allgemeine Revolution bedeutet. Objektiv verhinderte die rasche Reaktion der Führung, dass die an den Grenzen Polens zusammengezogenen Sowjettruppen zur mehrfach erprobten «brüderlichen Hilfe» eingesetzt wurden.

**2. Was die materielle Lage der Bevölkerung angeht, so ist abzuwarten, ob wirklich ein System von Reformen ausgearbeitet wird, wie ZK-Beschluss und Regierungserklärung angekündigt haben. Jedenfalls aber genügen die Sofortmassnahmen keineswegs, um die durch Normerhöhung und Preisaufschlag erfolgte Verschlechterung des Lebensstandards aufzuheben.**

Die Regierungsverordnung vom 12. Dezember über die Preiserhöhung ist ja keineswegs rückgängig gemacht worden. Die Lebenskosten für die 5,2 Millionen Lohnempfänger und Rentner, die jetzt zwischen 1000 und 2000 Zloty verdienen, lassen sich anhand der Preisliste ermesen, die am 16.12.1970 in der «Trybuna Ludu» veröffentlicht worden ist. Einige Beispiele: 1 kg Rindfleisch 52 Zloty, 1 kg Schweinefleisch 66, 1 kg Wurstwaren 52, 1 kg Schinken 110, ein Anzug (55 Prozent Kunststoff) 1650, ein Hemd 340 Zloty usw. Wie ist bei den gegebenen Löhnen an den Kauf der billiger gewordenen Geräte zu denken (Fernsehapparat 7000 Zloty, Waschmaschine 2100 Zloty, Kühlschrank 2100 Zloty)?

**3. Von den Lohnergänzungen für die Arbeiter und Angestellten haben die Bauern überhaupt nichts. Dabei leben von den 32,7 Millionen Polen 15,7 Millionen auf dem Land. Hilft man aber den Bauern nicht, können weder die Getreideproduktion noch die Viehzucht — die beiden schwachen Punkte der polnischen Landwirtschaft — intensiviert werden.**

Vom Juni 1969 bis zum Juni 1970 ist der Schweinebestand um 900 000 und der Rinderbestand um 210 000 Stück zurückgegangen, hauptsächlich wegen Mangel an Futter. Zu seiner Einfuhr musste der Staat schon bis jetzt jährlich mehr als 5 Milliarden Zloty ausgeben, und jetzt wurden die Zentnerpreise um 60 Zloty für Rindvieh, 70 Zloty für Schweine und 100 Zloty für Geflügel erhöht. Die unbedeutende Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise für Schlachtschweine (2 Zloty pro Kilo im Durchschnitt, abhängig von der Qualität) kann den plötzlichen Anstieg der Futterpreise bei weitem nicht ausgleichen. Laut offiziellen Angaben («Trybuna Ludu», 30.12.1970) will das Land weiterhin jährlich 2 Millionen Tonnen Getreide aus der UdSSR importieren, aber inoffiziell ist auf Grund der rückläufigen Ernte von 1970 für dieses Jahr ein Importbedarf von 5,5 Millionen Tonnen errechnet worden.

**4. Was immer die polnische Führung tut oder unterlässt, die heutigen Zeiten schliessen aus, dass es gegen die sowjetischen Interessen gerichtet ist oder in Dingen von Belang vom sowjetischen Modell abweicht.**

Gierek hat denn auch sofort seine Treue zur sowjetischen Allianz und zum sowjetischen Vorbild vor Parlament und Öffentlichkeit betont. Falls dies ein Lippenbekenntnis sein sollte (Indizien dafür fehlen ebenso wie Indizien dagegen), spielt das keine Rolle, weil der eigene Spielraum der polnischen Führer ohnehin minimal ist. Die Chancen für eine Art «Prager Frühling» bestehen 1971 nicht einmal im Ansatz, und ein subjektiver Wille zu politischer Liberalisierung wäre unerheblich. (Abgesehen davon besteht kein Grund, einen solchen Willen bei den «neuen»

Männern zu vermuten; der Kampf gegen die liberalen Elemente im Apparat hatte schon zu Gomulkas Zeiten stattgefunden und mit deren Elimination geendet.)

**Eine andere Frage ist es, wie geeignet für seine Zwecke Moskau die jetzige Führung findet. Davon hängt ab, wie kurz die Leine gehalten wird, wie detailliert Ueberwachung und Vorschriften gehandhabt werden, und das ist immerhin wichtig.**

Moskau hatte bisher immer Misstrauen gegenüber kommunistischen Führern im eigenen Block bewiesen, die eine «westliche Vergangenheit» hatten, und Gierek hat über zwanzig Jahre seines Lebens in Frankreich und Belgien verbracht. Moczar, die «graue Eminenz» der neuen Führung, gilt gleichzeitig als besonders dogmatisch, was dem Kreml lieb sein kann, und als nationalistisch (er war 1939 nicht in die UdSSR emigriert, sondern hatte in Polen gegen die Besatzungsmacht gekämpft), und in Polen ist Nationalismus ohne antirussische Komponente fast nicht denkbar. Indessen hat sich Moczars «Nationalismus» in der neueren Zeit vor allem als virulenter Antisemitismus bemerkbar gemacht, und das gehört mit Gewissheit nicht zu den Dingen, die dem Kreml an der Person des ehemaligen Innenministers missfallen können. Ministerpräsident Jaroszewicz seinerseits war 1939 in die Sowjetunion emigriert und hat sowohl seine politische wie auch seine militärische Karriere dort begonnen. Bei alledem ist nicht zu vergessen, dass Hinweise solcher Art noch nicht unbedingt die Kriterien sind, die dann im Kreml zählen.

**Eindeutig liegen die Dinge hingegen bezüglich der wirtschaftlichen Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion: Sie ist gross und wird noch grösser.** Das neue Abkommen über den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern liegt nach langen Verhandlungen am 29. Dezember 1970 in Warschau vor. Nachdem schon das für die Periode 1966 bis 1970 vorgesehene Volumen um 20 Prozent überschritten wurde, ist im neuen Vertrag ein Anstieg von weiteren 67 Prozent veranschlagt («Trybuna Ludu», 30.12.1970).

Die Verschuldung Polens hat enorme Ausmasse angenommen, und jetzt sollte die Rückzahlung der ausländischen Anleihen beginnen (vgl. «Magyarország», Budapest, 3.1.1971). Hauptgläubiger ist natürlich die Sowjetunion. Sie hat also nicht nur die militärische und politische, sondern auch die wirtschaftliche Schlüsselposition inne.

**5. Was ist mit der «sozialistischen Demokratisierung», die man angekündigt hat?**

Die erste konkrete Massnahme müsste darin bestehen, die Kompetenz und Autorität der Arbeiterräte wieder herzustellen. Aber das würden die Sowjets nicht zulassen. Sie liessen die Arbeiterräte 1957 in Ungarn und 1970 in der CSSR auflösen. Gegen die jugoslawischen Arbeiterräte wird in den sowjetischen Medien seit einiger Zeit wieder grob polemisiert.

**Auch die Aussichten auf eine Aktivierung der «verbündeten» nichtmarxistischen Parteien sind trüb. Was Gomulka zur Zeit Chruschtschews nicht einhalten konnte, wird sich zur Zeit Breschnews erst recht nicht verwirklichen lassen, wobei auch der diesbezügliche gute Wille der polnischen KP-Führung sehr zu bezweifeln ist.**

Gewiss hat das ZK jetzt nach seinem letzten Plenum eine Geste gegenüber der Bauernpartei und

der Demokratischen Partei gemacht (was übrigens angesichts des nach dem Prager Frühling enorm gestiegenen sowjetischen Argwohn gegenüber jeglichen «Oeffnungen» schon erstaunlich genug ist): Sofort wurde die «Verständigungskommission» auf zentraler Ebene einberufen, um die «aktuellen Fragen der Zusammenarbeit» zu besprechen («Trybuna Ludu», 22.12.1970). Diese «Zusammenarbeit» kann jedoch im bolschewistischen System niemals verwirklicht werden, da hier die «Führungsrolle der KP» als ein ideologisches und konstitutionelles Prinzip gilt. Ausgangspunkt ist die These Lenins: «Die Arbeiterklasse (d. h. die KP) darf die Macht mit keiner Klasse, mit keiner Partei teilen.» Eine Opposition ist in allen Staaten des sozialistischen Systems verfassungswidrig und wird niemals zugelassen. Deshalb können die «verbündeten» Parteien auch kein eigenes Programm haben und anerkennen in ihren eigenen Statuten die führende Rolle der KP.

**Das eigentliche Schlagwort der Stunde ist die «Konsultation mit dem Volk». Jedes Mitglied der neuen Führung hat sie versprochen.**

Tatsächlich hat man Ende Dezember den 106 grössten Industriebetrieben die Möglichkeit gewährt, über die Verwendung der 7 Milliarden Zloty zusätzlicher staatlicher Mittel zur Erhöhung der niedrigsten Löhne und Renten ihre Meinung zu äussern («Trybuna Ludu», 28.12.70). Ob hingegen die dort geäusserten Wünsche berücksichtigt wurden, ist eine andere Frage.

Das Volk wäre aber natürlich nicht nur dann zu konsultieren, wenn es etwas bekommt und die Konsultation zu einer «feierlichen Anerkennung der Sorge von Staat und Regierung für die Arbeiterklasse» wird. Das Volk wäre doch wohl in erster Linie bezüglich der Normenerhöhungen und «Preiskorrekturen» zu konsultieren. Aber das ist der Obrigkeit nicht in den Sinn gekommen. Und wie sollten die Staatsbürger zum Volkswirtschaftsplan Stellung nehmen, wenn dieser mit den übrigen «sozialistischen Ländern» koordiniert werden muss? Dass von der Möglichkeit einer freien Arbeitsniederlegung keine Rede sein kann, haben sowohl Staatspräsident (damals noch Ministerpräsident) Cyrankiewicz als auch Gierek ausdrücklich klargemacht. Streik wird nur unter kapitalistischen Verhältnissen geduldet, beziehungsweise dort verlangt. Alles in allem: Solange die Konsultationen nur darin bestehen, dem Volk zu erläutern, was ohnehin beschlossen ist, haben sie allenfalls mit Psychologie und Pädagogik, aber noch nichts mit Demokratie zu tun.

**Eine Vorbedingung zur Demokratisierung ist die richtige Information der Oeffentlichkeit über die Ereignisse im In- und Ausland. Dieses Versprechen ist abgegeben und bereits gebrochen worden.**

Ueber die wichtige Sitzung des Politbüros am 29. Dezember, wo die sozialpolitischen Vorschläge von Regierung und Gewerkschaftszentralrat geprüft wurden, erhielt die Bevölkerung eine Mitteilung von knapp 14 Zeilen zu lesen («Trybuna Ludu», 30.12.1970). Nicht einmal über den Verlauf der «Konsultation» mit dem Volk wurde die Oeffentlichkeit informiert. Im einzigen Pressebericht («Trybuna Ludu», 28.12.1970) war nicht ein einziger der konkret geäusserten Wünsche zu lesen; und dass an ihnen Mangel war, ist nach den Dezemberereignissen just nicht an-

(Fortsetzung auf Seite 6)



**Mehr als 10 000 Nummern**

der Jubiläums-Ausgabe von «Tibet im Exil» sind bis heute von Schulen, Vereinen, Firmen, Privaten usw. bestellt worden. Die inhaltlich vielseitige Nummer wird zu Fr. 1.— pro Stück abgegeben; sie zeigt Ihnen, was die Schweizer Tibethilfe für die teilweise noch in grosser Not lebenden Tibetflüchtlinge leistet, wie tibetische Lamas im Tibetinstitut Rikon meditieren, Schicksale von Tibetkindern, Beispielen edler Hilfsbereitschaft von Mitgliedern und Gönnern des heute zehnjährigen Hilfswerkes, und endlich einen aktuellen Beitrag von Ernst R. Borer, Präsident der Schweizerischen Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, über das Thema «Die UNO feiert, Tibet geht zugrunde». Viele, meist farbige Illustrationen bereichern die lebendig gestaltete und anregend geschriebene Zeitschrift, die mit einer regelmässigen Auflage von 112 000 Exemplaren das weitaus verbreitetste Publikationsorgan dieser Art darstellt.



**Bestell-Coupon**

An die Schweizer Tibethilfe  
6002 Luzern

Senden Sie mir umgehend ..... Ex. der Jubiläums-Ausgabe von «Tibet im Exil» zu Fr. 1.— pro Stück.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

## Zusammenhänge

## Gut verwaltete Urheberrechte

Auf Seite 10 dieser Nummer spricht Valerij Tarsis von jenem dokumentarischen Roman, mit dem der damalige Sowjetschriftsteller Anatoli Kusnezow 1966 Weltruhm erlangte: «Babij Jar.»

Es ging dort um das Massaker, welches die Deutschen 1941 an der jüdischen Bevölkerung von Kiew verübt hatten; eine Denunzierung der Naziverbrechen, die der 1929 geborene Anatoli als Bub miterlebt hatte (er selbst war übrigens zweimal zur Deportation nach Deutschland bestimmt gewesen, hatte aber beide Male entkommen können). Indessen ist die unzensurierte Veröffentlichung des Werkes erst jetzt möglich geworden, nachdem der Autor im Sommer 1969 im Westen geblieben ist, samt den Mikrofilmen seiner ursprünglichen Manuskripte, die er, eingeknäht im Kleiderfutter, nach London geschmuggelt hatte. Das, was die Sowjetzensoren ihren Lesern unterschlugen, war die wenigstens ansatzweise Sichtbarmachung der Tatsache, dass die Naziverbrechen ihr Pendant in den Sowjetverbrechen hatten. So wurde dem Text eine Dimension weggenommen.

1966 hatte Kusnezow in der Jugendzeitschrift «Junost» (wo «Babij Jar» zuerst erschien) erklärt: «Mein Vorurteil besteht im Hass auf den Faschismus in allen seinen Formen.» Eine solche Aussage mochte dem damaligen sowjeti-

schen Leser (und dem westlichen Literaturkritiker ohnehin) als zusätzliche Reflexion über Franco-Spanien und dergleichen erscheinen, aber inzwischen hat Kusnezow klargemacht, dass er bei den andern Formen des Faschismus zuerst an den Sowjetfaschismus denkt. So hatte die sowjetische Zensur dafür gesorgt, dass Kusnezow just dort nicht verstanden wurde, wo sich aus seinem dokumentarischen Roman die Folgerung für die Gegenwart ergeben hätte.

Das Schicksal von «Babij Jar» ist bezeichnend für das Schicksal sowjetischer Autoren, die sich vor der Entstellung ihrer Werke durch das Regime nicht schützen können. Aber dabei hat es nicht sein Bewenden, noch lange nicht. Denn sowjetische Autoren können auch noch gezwungen werden, die Zensurenstellungen und die gelogene Interpretation des Regimes nach aussen hin, Richtung westliches Ausland, zu verteidigen. Die Sowjetbehörden benützen dann den ihnen ausgelieferten Schriftsteller dazu, um die von ihnen gewünschte Zensur auch im Westen durchzusetzen. Je nach dem Ausmass von Dummheit oder Anpassungswilligkeit in den betreffenden Ländern gelingt ihnen das auch tadellos. Dass die Wünsche des KGB hier unter der Losung vom Schutz der

schriftstellerischen Rechte im allgemeinen Rahmen der Wahrung eines Menschenrechts erfüllt werden, ist ein Höhepunkt an Zynismus.

Aber hier wird aus dem sowjetischen Problem ein westliches. Wie es sich in der Praxis ausnehmen kann, dazu liefert uns ebenfalls Anatoli Kusnezow ein Beispiel, bei dem es nicht nur um das sowjetische Schicksal eines seiner Werke ging (dieses Schicksal war das gleiche wie das von «Babij Jar» und als solches unabweichlich), sondern um dessen westliches Schicksal.

1957 erschien, zuerst ebenfalls in «Junost», Kusnezows Roman «Prodljenje Legendy» («Fortsetzung einer Legende»). Kusnezow, der selbst immer wieder als manueller Werkstätiger in Sibirien Aufbauarbeit leistete, beschreibt dort den Bau des Angarakraftwerkes bei Irkutsk. Die Schilderung des sowjetischen Industrialisierungsprogramms diene sozusagen als Alibi zu einer Zeichnung der Charaktere, die von den üblichen sowjetischen Schablonen abweicht.

Es war das Buch, das Kusnezows literarischen Ruhm begründete, innerhalb von fünf Jahren eine Million Auflage erreichte und in dreissig Sprachen übersetzt wurde. In französischer

## Polen im Detail

(Fortsetzung von Seite 5)

zunehmen. Eine Konkurrenz der Information besteht ebenso wenig wie ein Wettbewerb der Ansichten, weil es keine Pressefreiheit gibt, von der Lenin gesagt hat, der Arbeiterstaat habe sich niemals verpflichtet, sie der «Bourgeoisie» zu gewähren.

(Allerdings ist die Pressefreiheit in Artikel 71 der Verfassung Polens aufgeführt. Was darunter nicht zu verstehen ist, illustriert etwa der Absatz 2 jenes Artikels, wo das staatliche Monopol an sämtlichen Einrichtungen und Materialien der Nachrichtenübermittlung und Meinungsbildung als Bedingung zur Verwirklichung der Pressefreiheit deklariert ist. Uebrigens sichert die Verfassung auch die Freiheit zur Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen zu. Wie das in der Praxis gehandhabt wird, hat sich gezeigt. Und wird sich weiter zeigen, denn die Aktionen von Polizei und Armee sind auch von der neuen Führung allseitig gutgeheissen worden.)

**6. Offen bleibt ein Problem, das in seiner Wichtigkeit spezifisch polnisch ist: Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche.**

1956 hatte Gomulka Annäherungen gemacht. Aber als er sein Regime gefestigt hatte, führte er die Politik der Zusammenarbeit als Bekämpfung der Kirche fort. Nun ist das Angebot zu gegenseitigem gutem Einvernehmen von seiten des Staates erneut gestellt, von der Kirche aber diesmal mit einem Katalog an Menschenrechtsforderungen beantwortet worden, die schon fast an sowjetische Samisdat-Publikationen erinnern. Jaroszewicz erklärte in seiner Parlamentsrede, die Regierung wolle die Zusammenarbeit aller Bürger, der Gläubigen und Nichtgläubigen, festigen. Sie wünsche die Beziehungen zwischen Staat und Kirche «völlig» zu normalisieren und erwarte gleichzeitig, dass ihre Anstrengungen bei kirchlichen Priester- und Laienkreisen Verständnis fänden.

Die Antwort der Kirche liess nicht lange auf sich warten. Die Erklärung, die Kardinal Wyszynski im Namen der Polnischen Bischofskonferenz abgegeben hat, stützt sich eigentlich auf die Vereinbarung von Kirche und Staat von 1956, die das Regime später einzuhalten nicht mehr für nötig fand. Die im Hirtenbrief enthaltenen sechs Forderungen sind: 1. Das Recht auf Freiheit des Gewissens und des religiösen Lebens (Art. 70 der Staatsverfassung); 2. das Recht auf Freiheit der Gestaltung der eigenen Kultur des Volkes im Sinne des Zusammenlebens nach christlichen Prinzipien; 3. das Recht auf soziale Gerechtigkeit, die in der Befriedigung «berechtigter An-

sprüche» zum Ausdruck komme; 4. das Recht auf Wahrhaftigkeit im gesellschaftlichen Leben, auf wahrheitsgetreue Information, auf Freiheit zur Äusserung von Ansichten und Forderungen; 5. das Recht auf materielle Bedingungen, die den Familien und allen Bürgern eine annehmbare Existenz sichern; 6. das Recht der Bürger, durch das Auftreten von Staatsorganen nicht «beleidigt, verletzt oder verfolgt» zu werden («Frankfurter Allgemeine», 4.1.1971).

Die Antwort auf diesen Hirtenbrief fehlt. Die Presse unterliess sogar seine Erwähnung, wodurch sie ihre Informationspflicht erneut verletzte. Partei und Regierung können auf diese Forderungen nicht eingehen, weil das die Aufgabe ihres politischen Systems bedeuten würde.

**Was immer die polnischen Gegebenheiten sind, es ist die sowjetische Interpretation des «sozialistischen Internationalismus», die der erhofften und zum Teil ausdrücklich versprochenen Entwicklung entscheidend im Wege steht. Moskau verlangt die Gleichschaltung und hat die Macht dazu. Seit 1968 betonen die Sowjetführer immer wieder, dass die sowjetischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus einen universalen Charakter hätten. Diesen Erfahrungen hat sich auch Polen zu unterstellen. Der Schlüssel zur ganzen Situation liegt nicht in Warschau, sondern in Moskau.**

L. R.